

G20: Sparpläne statt Bankenregulierung Finanzmarktregulierung ist jetzt auf EU angewiesen

Auf ihrem vierten Gipfeltreffen haben die G20 den Beweis erbracht, dass sie als „Weltregierung“ ungeeignet sind. Tiefe Unterschiede in der Krisenstrategie und der Regulierung der Finanzmärkte führten zu Rückschritten auf der ganzen Linie. Jetzt müssen alle Möglichkeiten in der EU ausgeschöpft werden.

Ausstieg aus der aktiven Konjunkturpolitik gefährdet Beschäftigung

2008 und 2009 schien es noch so, als hätten die Politiker gelernt. Anders als in der Großen Depression der zwanziger Jahre legten sie weltweit wirksame Konjunkturprogramme auf. Damit scheint es jetzt vorbei zu sein. In der Vor-Gipfel-Diplomatie hatte US-Präsident Obama zu Recht vor einem übereilten Ausstieg aus der Konjunkturkurbelung gewarnt.

Zwei Leitbilder

In Toronto prallten zwei Leitbilder aufeinander. „Auf der einen Seite das amerikanische, japanische und chinesische Leitbild der staatlichen Organisation von Wachstum und damit der Beschäftigung. Auf der anderen Seite das deutsche Leitbild der schwäbischen Hausfrau in Gestalt einer Schuldenbremse: Das Wachstum komme von alleine, wenn man nur gut haushalten könne.“

(Claus Matecki, in: Dow Jones Deutschland)

Auf dem G20-Gipfel in Toronto vom 26. bis 27. Juni 2010 aber setzte sich der deutsche Sparkurs gegen die US-Strategie durch. Im Abschlussdokument verpflichteten sich die G20, die laufenden nationalen Haushaltsdefizite bis 2013 zu halbieren und die gesamte Staatsschuld bis 2016 zu stabilisieren oder zurückzuführen.

Wenn so viele Staaten gleichzeitig die öffentlichen Ausgaben in einem solchen Maße zurückfahren, dann hat der Aufschwung nach der Finanzkrise keine Chance. Für den Euroraum würde die Reduzierung der öffentlichen Defizite von 6,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 3,3 Prozent eine Einsparung von bis zu 300 Milliarden Euro erfordern. Für die USA wäre es politisch Selbstmord, die Neuverschuldung innerhalb von drei Jahren zu halbieren. Schon heute liegt die Arbeitslosenquote von offiziell 9,7 Prozent de facto bei 18 Prozent. Die unterschiedlichen Politikkonzepte sind in den Widersprüchen der Abschlusserklärung der G20 deutlich abzulesen: „Wir haben heute vereinbart, die Politik der fiskalischen Konjunkturimpulse zu Ende zu führen und „wachstumsfreundliche“ fiskalische Konsolidierungspläne zu kommunizieren, die im Weiteren

umgesetzt werden sollen.“ Was bitte ist „wachstumsfreundliche Konsolidierung“? Finanzpolitik nach Kasernenlage ist eine Schrumpfkur zur ganz und gar falschen Zeit:

Den Preis werden Millionen von Arbeitnehmern zahlen

„Langfristig ist finanzpolitische Verantwortung wichtig. Aber die Ausgaben mitten in einer Depression runter zu fahren und damit die Depression zu vertiefen, das bereitet den Weg für eine Deflation. Man schadet sich selbst. ...Den Preis werden Millionen von Arbeitnehmern zahlen, die jahrelang arbeitslos werden und vielleicht nie wieder eine Beschäftigung finden.“

(Paul Krugman, in: New York Times 27. Juni 2010).

Die einzige Chance, die die G20-Politik der Weltkonjunktur lässt, besteht in ihrer relativen Unverbindlichkeit. Laut Abschlusserklärung müssen die Sparmaßnahmen auf die individuellen Bedingungen der Länder zugeschnitten werden. Die gute Nachricht darin: So bleiben dann doch noch individuelle Spielräume. Die schlechte Nachricht: Die viel größeren Möglichkeiten einer gemeinsamen koordinierten Konjunkturpolitik wurden verspielt. Damit haben die G20 den vielversprechenden Kurs des London-Gipfels 2009, wo Arbeits- und Sozialthemen, Wachstum und Beschäftigung auf der Agenda standen, schon wieder verlassen.

G20-Finanzmarktregulierung

Die G20 haben ihre Versprechen gebrochen. Was die Regulierung der Finanzmärkte anbelangt, haben die G20 alle Erwartungen enttäuscht, die sie auf dem Gipfel in London geweckt hatten. Nichtbehandlung, Vertagen und klare Absagen an die Regulierung sind ihre Antworten auf die globale Finanzkrise.

(1) Bankenabgabe: Trotz leerer öffentlicher Kassen war in Sachen „Bankenbeteiligung an den Krisenkosten“ Enttäuschung auf der ganzen Linie angesagt. Kanada, Japan, und die Schwellenländer sind gegen eine Belastung ihres Finanzsektors, da dort der Steuerzahler nicht für gefährdete Kreditinstitute gerade stehen musste. Deswegen werden die verschiedenen Ansätze einzelner G20-Staaten zur Beteiligung der Banken nur „zur Kenntnis genommen“. Die Bankenabgabe soll aber in der EU eingeführt werden. Darauf hatten sich die Regierungschefs der EU schon am 17. Juni geeinigt. Über die Ausgestaltung und Verwendung der Abgabe können die nationalen Regierungen selber entscheiden. Die Briten haben sie bereits eingeführt. Paris und Berlin wollen nun schnell nachziehen. In Deutschland sollen die Banken ab 2011 jährlich 1,2

Milliarden Euro in einen Fonds einzahlen. Die Bundesregierung will die Einführung der Bankenabgabe mit einer Konkursordnung für Kreditinstitute verbinden. Ein Gesetzentwurf für ein „Restrukturierungsgesetz“ liegt schon vor. Pleite-Banken können auf eine staatliche Brückenbank übertragen und unter staatlicher Aufsicht abgewickelt werden. Solche Brückenbanken sollen mit Hilfe der Bankenabgabe finanziert werden.

Die deutsche Kombiidee ist nicht schlecht, aber die Höhe der deutschen Bankenabgabe ist so gering, dass sie ihr Ziel verfehlen muss. Es würde Jahre dauern, bis der Restrukturierungsfonds tatsächlich eine strauchelnde Großbank auffangen könnte.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Experten-Gruppe fordert, mit der Abgabe nach und nach einen Fonds von 120 Milliarden Euro aufzubauen.

(2) Finanzmarktsteuer: Für die Finanztransaktionssteuer haben sich in Toronto vor allem Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Regierungschef Sarkozy eingesetzt. Ohne Erfolg. Auch auf EU-Ebene sind die Chancen wegen des Widerstands aus Großbritannien, Schweden und Tschechien schlecht. Steuergesetze müssen einstimmig beschlossen werden. Auch die EU-Kommission argumentiert, Finanzmarktakteure würden in Staaten außerhalb der EU fliehen. Die Befürworter einer Finanzmarktsteuer dürfen sich von solchen Einwänden nicht abschrecken lassen. Spekulative Geschäfte, die vielleicht ins steuerfreie Ausland abwandern würden, haben direkt in die Krise geführt. Europa braucht keine Wetten auf Staatsbankrotts, sondern solide Banken, die Investitionen und Beschäftigung finanzieren. Die Spekulanten können wir gestrotzt ziehen lassen. Der Euroraum ist eine der wirtschaftlich stärksten Regionen der Welt. Er hat keine größeren Probleme als die USA und Japan. **Notfalls kann die Finanztransaktionssteuer auch allein im Euroraum umgesetzt werden.**

Die aktuelle Position der Bundesregierung:

„Wenn wir es nicht schaffen sollten (eine europäische Regelung zu Stande zu bringen), müssen wir uns noch einmal der Frage nähern, ob wir es notfalls im Rahmen der Europäischen Währungsunion versuchen, und zwar auch dann, wenn andere europäische Staaten dabei nicht mitmachen. Aber das ist die nächste Sorge. Der bessere Weg wäre eine europäische Regelung, und genau dafür treten wir nach Toronto ein. In Toronto haben die Bundeskanzlerin, Präsident Sarkozy, die französische Finanzministerin Lagarde und ich verabredet, dass wir noch in dieser Woche die Initiative ergreifen.“

(Rede von Bundesfinanzminister Schäuble vom 2. Juli)

(3) Schärfere Eigenkapitalanforderungen für Banken: Die G20 wollen mit höheren Eigenkapitalanforderungen für die Bankbilanzen die Widerstandskraft des Bankensystems gegen Kreditausfälle erhöhen (Basel III). Beschlossen wird erst beim nächsten Gipfel im November. Ursprünglich sollten die neuen Richtlinien bis Ende 2012 eingeführt werden. Jetzt soll der Zeitplan für die Einführung variieren können. Grund ist, dass das Eigenkapital der Banken in vielen Ländern

von den hohen Abschreibungen für faule Kredite so angegriffen ist, dass es den Banken schwer fällt, die neuen Auflagen zu erfüllen. Die Aufweichung des Zeitplans ist ein neuer Erfolg der Bankenlobby. Statt begründete Ausnahmen in Einzelfällen zuzulassen, wird nun die ganze Aktion verzögert.

(4) Bankenaufsicht: Gerade bei der Bankenaufsicht zeigen sich die G20 als ganz lahme Ente. Die weitere Erörterung wurde wieder mal verschoben. Man wartet auf Empfehlungen des Finanzstabilitätsausschusses. Da ist die EU weiter. Mit einer neuen Struktur der Aufsicht will sie Mängel der bisher national zersplitterten Zuständigkeiten überwinden. Für die Beaufsichtigung grenzüberschreitend tätiger Finanzinstitute sollen drei europäische Aufsichtsbehörden geschaffen werden: eine für Banken, eine für Versicherungen und eine für den Wertpapierhandel. Diese neuen EU-Aufsichtsbehörden sollen die nationalen aber nicht ersetzen, sondern mit ihnen ein Netzwerk bilden, das Europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS). Bis Herbst 2010 wird ein Gesetzentwurf erarbeitet. Das neue Aufsichtssystem könnte dann im kommenden Jahr eingeführt werden. Auch wenn damit noch keine einheitliche, europäische Finanzmarktaufsicht mit umfassenden Sanktionsmöglichkeiten geschaffen wird, so geht die EU doch einen wichtigen Schritt voran.

(5) Regulierung von Hedge-Fonds und Derivaten: „Kein Markt, kein Akteur und kein Produkt sollen ohne staatliche Aufsicht bleiben“, hatten die G20 noch auf ihrem Londoner Gipfel im April 2009 versprochen. In Toronto war alles nur noch kalter Kaffee. Im Juni 2010 stimmten die Regierungen nur noch überein, die Einführung von Transparenz und regulatorischer Aufsicht über Hedge Fonds und Derivate in „nicht diskriminatorischer Weise“ zu beschleunigen. Daraus spricht nur die Sorge, dass die US-Hedge-Fonds, durch eine europäischen Regulierung der Branche beeinträchtigt werden könnten.

Auch hier ruht also die Hoffnung nun allein auf der EU. Hier werden in Kürze den Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds Zügel angelegt. Eine entsprechende EU-Richtlinie passierte im Mai den EU-Finanzministerrat und den Wirtschaftsausschuss des Europaparlaments. Die sogenannten alternativen Investmentfonds – also vor allem Hedge Fonds – müssen sich in der EU registrieren lassen, wenn sie hier an den Markt wollen, und sie müssen Mindesteigenkapitalanforderungen genügen, statt, wie in der Vergangenheit, fast nur mit geliehenem Geld zu spekulieren. Kann die Direktive des Europäischen Parlaments auch in den weiteren Verhandlungen durchgesetzt werden, dann werden in der EU in Zukunft auch die rein spekulativen Leerverkäufe untersagt. Außerdem ist in der EU eine Gesetzgebung zur Regulierung von Derivaten auf dem Weg. Die wird zwar nicht die dringend notwendige Zulassungspflicht (Finanzmarkt-TÜV) bringen, aber immerhin mehr Standardisierung der Produkte und größere Sicherheit des Handels.